

Wirtschaftsweise sehen Pharmaindustrie und Krankenhäuser als Kostentreiber

KVN-Chef Barjenbruch: „Die Wirtschaftswesen haben erkannt, dass der ambulante Sektor noch ausgebaut werden muss.“

Weniger Geld für Krankenhäuser und Pharmakonzerne: Die Wirtschaftswesen fordern in ihrer aktuellen Konjunkturprognose für die deutsche Wirtschaft dringend Reformen und Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Unterblieben substanzielle Reformen, könnte der addierte Beitragssatz der Sozialversicherungen von derzeit 42,3 Prozent auf 45,4 Prozent im Jahr 2030 steigen, warnt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem am Mittwoch vorgestellten neuen Gutachten.

„Die Wirtschaftswesen haben die Kostentreiber im Gesundheitswesen klar benannt: Krankenhäuser und die Pharmaindustrie - nicht die ambulante Gesundheitsversorgung. Im Gegenteil: Die Wirtschaftswesen setzen sogar auf die ambulante Versorgung. Sie müsse zur Steuerung der Patienten entlang der gesamten Versorgungskette ausgebaut werden, - auch mit dem Ziel, insbesondere vermeidbare stationäre Behandlungen zu verringern. Ein sinnvoller Ansatz. Im Gutachten der Wirtschaftswesen stecken mehr Reformansätze als im Spargesetz von Bundesgesundheitsministerin Warken“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), Mark Barjenbruch, heute in Hannover.

Bei Arzneimitteln werben die Wirtschaftswesen dafür, die Preise innovativer Medikamente „noch stärker als bisher am therapeutischen Zusatznutzen auszurichten“. Im Krankenhaussektor gebe es zu viel stationäre Behandlungen. Skeptisch zeigen sich die Ratsmitglieder bei Instrumenten wie Praxisgebühr und allgemeine Kostenbeteiligungen der Versicherten. Sie könnten auch „die Inanspruchnahme notwendiger Leistungen der Versicherten reduzieren“, heißt es im Gutachten.

Reformen im Gesundheitswesen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite in der Gesetzlichen Krankenversicherung könnten laut Gutachten nur „ergänzend“ die Krankenkassenausgaben stabilisieren, nicht aber eine echte Strukturreform ersetzen. „Diese Aussagen teilt die KVN voll und ganz. Wir brauchen eine echte Strukturreform im deutschen Gesundheitswesen mit einer sinnvollen Patientensteuerung und keine Spargesetze. Mit dem GKV-Stabilisierungsgesetz geht die Bundesregierung in die völlig falsche Richtung und beschädigt damit die ambulante Versorgung nachhaltig. Dies werden leider auch die Patientinnen und Patienten spüren“, so Barjenbruch.